

Zeitschrift:	Neues Berner Taschenbuch
Herausgeber:	Freunde vaterländischer Geschichte
Band:	6 (1900)
Artikel:	Der Streit unter den Eidgenossen über die Eroberungen im Wadtlande in den Jahren 1476-1484
Autor:	Tobler, Gustav
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-127586

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Streit unter den Eidgenossen
über die
Eroberungen im Wadtlande in den Jahren
1476—1484.
Von Gustav Tobler.

Die von den Eidgenossen mit Anspannung aller Kräfte glorreich durchgeführten Burgunderkriege hatten den Siegern nur spärliche, eigentlich flägliche materielle Vorteile eingetragen: ein bisschen Geld für das an Savoyen zurückstattete Wadtland, ein bisschen Geld für die Franche-Comté, die man in unschönem Handel an Frankreich und dann an Oesterreich und schließlich wieder an Ludwig XI. verkaufte, dazu die Kriegsbeute von Granson, und schließlich einige Städte und Schlösser im savoyischen Wadtlande. Das war der ganze Siegespreis. Und über diesem wenigen ruhte ein eigenartiger Unzegen. Die Geldentschädigungen standen in keinem Verhältnis zu den Anstrengungen, die Beute zerrann den Kriegern förmlich unter den Händen und über die Verteilung des wenigen Wertvollen konnten sich die Gemüter noch erhöhen; die Erwerbungen im Wadtlande weckten Begehrlichkeiten und Verbitterung unter den Eidgenossen und führten zu einem beinahe achtjährigen, zum teil leidenschaftlichen Hausstreite, dessen Verlaufe die folgende Darstellung gewidmet sein soll.

Die ersten Eroberungen hatten die Berner im Spätherbst 1474 gemacht. Am 25. Oktober jenes Jahres war der Krieg an Burgund erklärt worden, am 28.

zog das bernische Heer nach Héricourt aus, am Tage vorher war Erlach besetzt worden.*). Wenn später Bern geltend machte, daß Erlach „vor allem krieg“ gewonnen worden sei, so betrachtete es den Tag des Ausmarsches nach der Freigrafschaft als den Beginn des Krieges und glaubte demnach ein Recht zu haben, Erlach als eine „vor allem krieg“ gemachte Eroberung für sich allein zu beanspruchen. Ormont und Aigle waren im August 1475 durch die Leute von Saanen und Oesch zu Handen gezogen worden**) und durch einen am darauffolgenden 12. November mit den Leztern abgeschlossenen Vertrag erhielt Bern die obere und niedere Gerichtsbarkeit, das Recht, den Vogt in den neuen Eroberungen einzusetzen und $\frac{2}{3}$ der Einkünfte zu beziehen***), während Saanen und Oesch zusammen nur einen Drittel erhielten. Unmittelbar nachher, am 16. November, setzte Bern in Aigle und Ormont den ersten Tschachtlan ein†). In den zu gleicher Zeit gewonnenen Ortschaften Bex und Ollon eigneten sich die Berner sämtliche Rechte an und die Saaner leisteten auf die von ihnen beanspruchten Mitrechte am 6. Januar 1479 ausdrücklich Verzicht††). So sehr betrachtete Bern jene Rhonethalgebiete als die seinigen, daß es am 6. März 1482 eine einheitliche Ordnung des dortigen Rechtswesens ins Auge fassen konnte†††).

Von den andern wädtländischen Ortschaften war zuerst Illingen von den Bernern und Freiburgern am

*) v. Rödt, Die Feldzüge Karls des Kühnen I, 305. —

) Ebd. S. 499. — *) Deutsch Spruchb. G, 365. Rats-M. 18, 152 vom 12. Nov. 1475.

†) Rats-M. v. 16. Nov. 1475. — ††) Deutsch Spruchb. H, 371. — †††) Rats-M. 36, 5. Anshelm I, 230.

2. Januar 1475 erobert worden.*). Darauf wurden in den ersten Maitagen Granson, Montagny-le-Corboz, Echallens, Orbe und Jougne von Bern, Freiburg, Solothurn, Basel und Luzern gewonnen**); im Oktober ergaben sich Murten, Montagny bei Payerne und Gudrefin und wohl auch Grandcourt an Freiburg und Bern, Yverdon an die gleichen samt Solothurn***).

Nun giengen infolge des Anmarschs des Burgunderherzogs sämtliche in der nördlichen Wadt von den Siegern besetzten Städte wieder verloren und sie kamen erst durch den von allen Eidgenossen nach der Murtner Schlacht unternommenen Wadtländerzug wieder in ihren Besitz.

Das war die Sachlage, welche der große Kongreß vorsand, der im Juli und August 1476 in Freiburg zusammenrat, um den Frieden zwischen den Eidgenossen und Savoien herzustellen. Nun scheint merkwürdigerweise gerade eine der Hauptfragen, die Landabtretung, nicht so bereinigt und abgeklärt worden zu sein, wie man es hätte erwarten sollen. Es wurde die Rückgabe der Wadt an Savoien beschlossen, mit Ausnahme von „Murten mit siner zugehört, Grancourt, Gudrefin und der Gegen darzwischen; die belipt denen, in der gewalt ih iek stat.“†) Heißt dies nun „den Bernern und Freiburgern“ oder allgemein „den Eidgenossen“? Im ersten Sinne wurde jene Beschlusnahme in Bern und Freiburg ausgelegt, im andern von den übrigen Eidgenossen. Auch Knebel stimmt der letztern Auffassung mit den Worten bei: „Zu Friburg in Oechtland ist mit

*) Schillings Berner-Chronik I, 209. — **) Ebd. S. 217—223. ***) Ebd. S. 290—300.

†) Absch. III, 603, 608. Basler Chroniken III, 464, 474.

den von Saffoy beschlossen, dasz Murtan zu ewigen
zhten soll der von Bern, Friburg und der gemei-
nen Eidgenossen sin"**). Es war also von An-
fang an eine Unklarheit vorhanden, und dies muß man
im Auge behalten, wenn man die Hartnäckigkeit der
beiden Parteien in der Behauptung ihrer Rechte einiger-
maßen begreifen will.

Auffallend ist schon die Schnelligkeit, mit der die
Eidgenossen ihre Ansprüche erhoben: schon im September
1476 sprachen sie den bestimmten Wunsch nach Anteil-
nahme an den wadtändischen Herrschaften aus.**) Von
nun an tauchte diese Frage bis zum Jahr 1480 hie
und da auf, ohne daß wir bei der Dürftigkeit der er-
haltenen Aufzeichnungen einen genügenden Einblick in
den Gang der Unterhandlungen gewinnen würden. So
wissen wir nur, daß man von den Freiburgern gerne
erfahren hätte, welchen Nutzen die eroberten Gebiete
eigentlich abtragen, daß man Boten nach Bern sandte,
daß man im Juli 1478 die Frage erwog, ob man
auch die Berner ins Recht nehmen wolle, daß man
gegenseitig den Rechtsweg wirklich betrat und im Oktober
1480 mit „Zugesekten von beiden Teilen“ in Willisau
und Münster verhandelte, ohne daß wir über den Stand
der Dinge ausreichenden Aufschluß erhielten.***) Nur über
die im Berner Rate herrschende Auffassung betreffend

*) Bassler Chron. III, 45.

**) Absch. II, 615.

***) Absch. II, 654 (29. Januar 1477), 661 (21. März
1477), 679 und 683 (25. und 27. Mai 1477), 688 (9. Juli),
698 (10. September 1477). III, 10 (8. Juli 1478), 44 (12. Juli
1479), 64 (17. April 1480), 76 (19. Juli 1480), 85 f. (27. Oktö-
ber und 19. November 1480).

Murten und Erlach werden wir etwas aufgeklärt. Hier vertrat man am 4. Juli 1478 die Ansicht: „Erlach ist ingenommen vor allem krieg. Murten ist großer kost gewesen und miner hern bit si, dabei lassen gütlich be- liben, oder von einem bescheidnen gelt zu reden.“*) Hier wird zum ersten Male zur Lösung der Schwierigkeit auf den Ausweg verwiesen, die vermeintlichen Mitrechte der übrigen Orte durch Auskauf zu beseitigen.

Die Gründe, die eine solche Verschleppung der Entscheidung herbeiführten, lagen einerseits in den verwickelten Staats- und Rechtsverhältnissen, anderseits in der Natur des Streitobjekts.

In jenen Jahren politischer Hochflut, in denen die Gesandten aller umliegenden Staaten und Städtchen die Tagssitzungen übersiezen, um die Bundesgenossenschaft der Schweizer zu gewinnen, mußte man im Interesse der Einigkeit in diesen äußerst wichtigen Fragen Dinge unberührt lassen, die eine Divergenz nach Außen hätten herbeiführen können. Denn die Stellung der Städte war schon sonderbar genug. Die fünf Burgrechtsstädte Zürich, Bern, Luzern, Freiburg und Solothurn bildeten scheinbar einen festgefügten Kern, aber gerade in der Frage betreffend die Romont'schen Landschaften hielten Zürich, Luzern und Solothurn gegen Freiburg und Bern, so daß ein energisches Betreiben dieser Angelegenheit das Burgrecht hätte sprengen können. Es lag daher im Interesse der Burgrechtsstädte selber, Bern und Freiburg so lange unbehelligt zu lassen, bis die durch das Städtebündnis bezweckten Errungenschaften erreicht waren.

*) Rats-Manual 24, 158.

Dann lagen weitere Schwierigkeiten in dem Rechtsformalismus der damaligen Zeit. Bern war ein eidgenössischer Ort, Freiburg nicht. Hatte nun Bern Streitigkeiten mit Uri, Schwyz und Unterwalden, so war nach dem Bundesbrief von 1353 der Verhandlungsort das Kienholz; mit Luzern sollte man in Willisau oder Huttwyl die Verhandlungen führen *), mit Zürich in Zofingen **), zwischen Bern, Zug und Glarus bestanden keine besondern Bünde. Einen Gesamtbund, in dem ein gemeinsamer Tädisingsort und zugleich ein einheitliches schiedsgerichtliches Verfahren im Falle von Streitigkeiten vorgesehen war, gab es nicht.

Und welchen Rechtsgang sollte man mit Freiburg einschlagen, das nur mit Bern im Burgrecht stand, und das gerade mitten in diesen Wirren am 30. April 1480 in nicht mißzuverstehender Absicht dasselbe erneuerte?***)

Auch darüber konnte man verschiedener Meinung sein, was man unter einer „gemeinsamen Eroberung“ zu verstehen habe. Die Eidgenossen beriefen sich darauf, daß von „alter also harkomen was“, daß in gemeinen Kriegen die Eroberungen an Land und Leuten „ie und ie ir aller gemeinlich gewesen und glichlich den Orten nach geteilet worden were.“ †) Soll man nun die Beziehungen zur Zeit der ersten Besitznahme als ausschlaggebend betrachten, oder soll man den Krieg als Gesamtheit ins Auge fassen und den Gewinn an Land und Leuten unbekümmert darum, durch wen und wann er erzielt worden ist, in die allgemeine Teilung legen?

*) Bund vom 1. März 1421. Absch. II, 721. — **) Bund vom 22. Januar 1423. Ebd. S. 725. — ***) Absch. III, 688.

†) Ebd. S. 707.

Dazu kam unstreitig so eine Art Scheu oder Scham vor Bern. Man mußte sich denn doch zugestehen, daß Bern in den Burgunderkriegen das Beste und Meiste gethan und geopfert hatte, und diese Art moralischer Rücksicht in Verbindung mit den übrigen Erwägungen zwang den Eidgenossen eine gewisse Reserve gegen Bern auf.

Daher ist es auch zu erklären, daß die Eroberungen im Rhonetal (Ormond, Aigle, Bex, Ollon), die Bern ausschließlich der Hilfe seiner Zugewandten von Saanen und Oesch verdankte, gar nie in Frage gestellt wurden und daß sich das ganze Prozeßverfahren nur gegen Freiburg richtete. Man wagte sich aus den angegebenen Gründen eben nicht an Bern heran und hegte dabei die Hoffnung, daß Nachgiebigkeit von seiten Freiburgs auch die andere Bähringerstadt zu Konzessionen veranlassen könnte. Es war so, wie Schilling sagt: „Die Eidgenossen vermeinten, was si denen von Friburg . . . mit recht oder füs angewunnen, des müsten inen dann die von Bern auch ingan und torsten noch wolten die von Bern am ersten darumb nit fürnemen.“*) Aber so klug waren die Berner auch, im Vorgehen gegen Freiburg eine Gefährdung der eigenen Interessen zu erkennen und so standen sie denn von Anfang bis zu Ende helfend und ratend den Freiburgern zur Seite.

Dies sind die Gründe, die eine schnelle Erledigung der Streitfrage unmöglich machten. Auch bei den Verhandlungen, die im Laufe des Jahres 1481 zum Abschluß des Stanserverkommisßes führten, wurde, wie es scheint, diese Frage nicht zum Gegenstande der Beratungen gemacht, hingegen wurde der grundsätzliche Entscheid ge-

*) Berner-Chronik II, Kap. 420.

troffen, daß in Zukunft gemeinsame Eroberungen oder das aus deren Auslösung entfallende Geld den Orten gemeinsam gehören sollten.

Die nächsten Nachrichten, die wir über den Stand der Streitfrage erhalten, datieren erst aus dem Frühjahr 1483, und wir ersehen, wie der Rechtsgang gegen Freiburg in vollem Zuge ist: Zugezogene und ein Obmann sind in Thätigkeit; man empfiehlt ihnen, zuerst den Weg der Minne zu versuchen, „der dem rechten etwas glyche,“ und erst nachher mit dem Recht vorzugehen; man bittet die Orte, Boten mit voller Gewalt auf den nächsten Tag nach Münster zu senden, und man soll darnach trachten, daß im Falle eines gütlichen Vergleiches auch Bern inbegriffen würde.*) Im Juni und Juli will die Tagssitzung auf Grund des Bern-Luzern-Bundes, des Stanser Vertrages und der Mahnbriefe, die Bern zur Zeit der Belagerung Murtens an die Eidgenossen abgehen ließ, die Rechte Berns untersuchen lassen; sie beauftragt Solothurn, sich nach dem jährlichen Ertrage der eroberten Herrschaften zu erkundigen und beschließt, daß eine Botschaft von allen Orten am 17. August in Freiburg sein solle, dort zu bitten, daß Freiburg dem Willen der Eidgenossen doch entsprechen möge; würde dies nicht geschehen, so soll man den Freiburgern die „Mahnung“ übergeben; von Freiburg sollen sich dann die Boten nach Bern begeben.**))

Das Erscheinen der eidgenössischen Boten in Freiburg rief nun einem lebhaften Briefwechsel zwischen den beiden Zähringerstädten, von dem wir die von Bern abgehenden Briefe hier mitteilen.

*) Absch. III, 151, 152. — **) Ebd. S. 155, 159, 160.

Am 18. August schreibt Bern an Freiburg:

„... Us überm schriben iez an uns gesandt haben wir vermerkt das aubringen gemeiner über und unser Eidgnosßen botten an über siebe beschechen und die antwurt inen widerumb dargebotten. Und danken derjelben mit allem vliß sölchs verkündens mit gütwilliger erbietung, das alzit mit fruntlichem widergelt zu beglichen. Wann nu die ding zitlich rats wol notdurftig und aber diser stund unser rät nit in völlige versammlung zu bringen sind, so wir dann sūs verstan, wie über lieb vor iem grossen rat in willen si nit anders, dann wie vor ze antworten, so haben wir es auch zu gevallen, wie wol dannethin die die notdurft hofscht, mit vernunft an die ding zu sechen und under uns mit gütten müssen zu bedenken, inen also zu begegnen, das das es über lieb und uns an abbruch des, so wir mit als treffenlichem kosten, schaden und verlust eröbert haben, zu glimpf und güttem erschiesse, als wir auch hoffen mit hilf gottes wol beschechen soll, der über siebe selenclich beware. Was auch derjelben fürer begegne, und wie si irn abscheid nemen werden, des welle auch uns als es not ist, us stund berichten.“*)

Am folgenden Tage: „Min hern haben ir schriben aber gesechen und an sölchen selznen, ungestümen gesüchen merklich besrömbden und wenig gevallens, hoffen aber mit hilf gots sich in die ding also zu schicken, das es zu zimlichem handel und glimpf und er mög erschieszen. Und bedunkt min hern, si sollen ir antwurt sezen us meinung etc., wie im Tütschen missisenbuch stat und das si auch unerschrocken bi der meinung bliben.“**)

*) Deutsch Miss. E, 176. b — **) Rats-M. 41, 108.

Das Schreiben, auf welches hier hingewiesen wird, und welches am gleichen Tage (August 19.) an Freiburg abgieng, lautet folgendermaßen:

„Üwer schriben iez aber an uns gängen haben wir gesehen und darus gelernt, mit was ungestümheit üwer und unser Eidgnossern botten üch ersuchen, daran wir wenig gevallens, sonders hoch besrömbden haben, dann ob ioch die ding üch allein und suß niemans berürten, so were doch selzen zu hören und under uns Eidgnossern vor weder gesehen noch gebrucht, iemans mit manungen so schnell anzubechten und zu überreilen umb sachen oder vordrungen, die vormals schriftlich noch muntlich nie angezogen oder fürgehalten weren, dann das alle vernunft und billikeit wol einem ieden zügibt, in vil mindern sachen statlichen bedank zu haben, damit eines ieden notdurft bedacht und nach zimlichkeit gehandelt werden mog; wir hetten uns auch fölicher behendikeit dheins wegs versechen. Aber wie dem allem, diewil si us lütrung wirter antwurt nach inhalt ix manungen so getrungenlich sezen, so haben wir nach ermesssen der dingens uns einer meinung beratiget, so uns bedunkt, inen von üch in antwurt zu geben und daruf mit unerschrocknen bestand zu verharren sin, namlich: Ir haben ix vordrungen und ansich mit sampt irn dargelegten manungen verstanden und wol hofnung gehebt, ob ioch die ding üch allein berüren und vil ringer, ix weren mit fölicher il nit angetrengt worden; nach dem si aber ie an irem fürsaren beharren, so sie war, ix haben den pund, einung und verlönnis, daruf si ix manung und gesuch gründen, für üch genomen und darin eigentlich erwegen, wie dann die kurzlich und bi iars frist angenomen, vollzogen und angesechen sien,

allein zu bestätigung und merung alter früntschaft und
liebe und damit iederman bi dem sinnen an kumber
und trang beliben und darzu gehanthabt werden moge.
Nu sie in annemung und besluß sölch's punds und
einung diser ir gesüchen und vordrungen halb nie dhein
anzug, meldung oder fürhalten beschechen, sonders darin
erlütert, ob die acht ort fürer und von des hin an üch,
oder ir an si, oder iemans under inen zu künstigen ziten
stöß oder mißhellung gewunnen, dannoch mit zusätz
des worts, „das got ewenlich wende“, mit was ver-
tigung das dannethin gehandelt werden sollte, deshalb
üch sölch ir fürnemen nit umbillich befrömbde. Dann
nach dem ir vor besluß sölcher einung und punds
der angevorderten slossen und herschaften in besitz me
dann ein iar gewesen und in dem herurten pund und
einung dhein melden oder vorbehaltung des, so si iez
bringen, beschechen, so mogen si selbs bedenken, wie
unweglich und unsörmlich es sie, üch damit zu bekümbern,
dann billich wurden ir von inen, ob üch ieman das
üwer und des ir domaln in besitz gewesen sind, ab-
ziechen wölt, von inen gehanthabt und ganz umbillich
zu absatz desselben von inen selbs bekümbert, und sien
also die manungen ganz untougenlich, dann inen die
herurten pünd dehein krafft, sonders me abwre geben.
Darumb ir hoffen und üch getrostet nit schuldig ze sin,
denen volsz zu geben. Zudem, so wüssen si, wie dann
am letzten und in endung sölcher pünden und einung
luter usgescheiden und vorbedingt sien all ander pünd,
einung und verstantnüß, so einich ort vor desselben
datum gegen jemans ingegangen, dadurch nu luter
verwasset und vorbehalten sie das ewig burgrecht, so ir
und wir von beiden stetten gegen einandern ewenlich

zu halten gesworn haben. Diewil nu sôlich ir anvordungen uns so vil als úch berüren und wider uns und das unser gestracks gangen, so mogen aber sôlich manungen dhein kraft haben, diewil ir uns doch in dem pund und einung vorgemelt haben usgedinget und sien also dheins wegs schuldig, denen gehorsam ze sin. Und ob si des aber nit benötigig sin wôlten, so mogen ir inen am letzten dartun und bitten heimzekeran und die ding an ir obern zu bringen mit frûntlichen gûten worten, so ir wûssen ze bruchen, und ob dann dieselben darüber, des is doch nit hosten, sôlicher vordrungen und manungen nit abstan, so wôlten ir gern mit inen zu lûtrung komen, ob ir schuldig weren, denen gehorsam ze sin oder nit. Getrûwen lieben mitburger! Sôliche meinung bedunkt uns ie úwerthalb glimpflich und gât ze sin, und bitten und ermanen úch uf das allerhôchst, daran zu beharren und úch umb kein sach witer zu vassen lassen, ob si noch niemer von dannen scheiden wôlten, so hoffen wir, es sôlle vor aller vernunft und erberkeit nûz dann er und gûtes gebären. Was úch auch daruf begegne, bitten wir, uns zu schriben, das wellen wir gûtwillenlich verdienen und alles vermogen libs und gûts zu úch getruwlich sezen und desglich von úch auch erwarten.”*)

Der Rat der Berner lautet also, mit folgenden Erwägungen die Zumutungen der Eidgenossen abzuweisen:

1. daß das Stanserverkommnis und der Freiburgerbundesbrief den Eidgenossen kein Recht geben, die Freiburger an ihrem Besitz zu bekümmern, wohl aber die Verpflichtung auferlegen, sie zu beschützen und in ihrem Besitz zu handhaben;

*) Teutsch Miss. E. 177b.

2. daß in jenen Nebereinkünften frühere Bünde und Verträge vorbehalten worden seien, also auch das Burgrecht zwischen Bern und Freiburg, in welchem sie sich gegenseitig versprochen haben, sich gegen einen Jeden, der sie an Hab, Gut, Ehren, Freiheiten, guten Gewohnheiten und altem Herkommen schädige, zu unterstützen. Deswegen und weil die Sache ebenso sehr die Berner berühre, könnten die Freiburger die Mahnung ins Recht nicht annehmen, sie seien aber bereit, zur „Läuterung zu kommen“.

Unter letzteren verstand man im Gegensatz von „zu Recht kommen“ ein schiedsrichterliches Verfahren, in welchem das in Frage stehende Rechtsverhältnis nicht angefochten, sondern nur erläutert werden durfte.

In diesem Sinne handelten die Freiburger, ebenso selbstredend die Berner; denn die eidgenössischen Boten giengen „ungeworben“ von Bern weg. Bern schrieb an Freiburg am 23. August: „Min hern haben ir schriben verstanden und danken inen irs verkündens und sien also die botten aber ungeworben hie für geritten, ob inen aber furer begegnete, mineu hern zu schriben, das well man inen auch tun.“*)

Am folgenden Tage fand in Bern in dieser An-gelegenheit eine Sitzung von Rät und Burgern statt**), Gesandte giengen nach Freiburg ab, nach deren Rückkehr man am 26. August an Freiburg schrieb: „ An widerker unser botten, so ieß bi úch gewejen sind haben wir vermerkt, in was fügen unser bevelch über liebe durch si zu erkennen gegeben und was früntlicher güter meinung inen daruf begegnet ist, des wir derjelben

*) Rats-M. 41,111.

**) Ebd. S. 113.

über siebe uf das allerhöchst dank sagen mit gütwilliger erbietung, das alzit mit ungespartem darsezen libs und güts zu widergelen. Und als wir nu allerlei in den dingern bedenken, so meinen wir uf dis mal nit not sin, witer underred zu haben, es were dann, das unser Eidgnossen durch ix schriften üch witer würden anwenden und den bestimpften tag zuschreiben und usnemen. So bald wir dann des durch über siebe bericht werden, des wir auch begeren, so wellen wir uns dann kein müg, kost noch arbeit beduren lassen zu allem dem, damit dije ding zu gütten gestalten mögen beleitet werden. Wo aber die genanten unser Eidgnossen swigen und es in rüw anstellen würden, so bedunkt uns ie nit den bestimpften tag zu Willisow ze suchen sin, diewil si sich der abscheidzedeln gewidert und den tag damit versagt haben".*)

Die Verhandlungen hatten sich also zerschlagen, die eidgenössischen Boten nahmen nicht einmal den Abschied an, Berns Rat lautete demnach, einfach zuzuwarten und der Mahnung nach Willisau, falls sie wirklich eintreffen sollte, keine Folge zu leisten.

Die Mahnung nach Willisau, der im Bundesbrief mit Freiburg vorgeesehenen Tädingssättte, erfolgte am 3. September: Zürich soll den Redner, Luzern und Uri die beiden Zugesetzten stellen, am 29. September sollen die Verhandlungen beginnen.**) Zum Zwecke einer Vorberatung erschienen Freiburgerboten vor den bernischen Räten am 26. September; abwesende, maß-

*) Teutsch Miss. E, 179. Rats-M. 41,115.

**) Absch. III, 163.

gebende Berner waren besonders zu der Sitzung eingeladen worden.*)

Die Beschlüsse vom 26. September lauten: „Uf anbringen der hern von Friburg des tagleistens halb zu Willisow, Murten, Granson und anderer ding, haben min hern also geraten: Das si vor allen dingen güt bedunkt zu Luzern an der Eidgnossen rät zu bringen, nach dem der tag kurz und die abscheid vormals nit genommen und auch ir rät, herbsts und anderer sachen halb nit anheimisch sien, hetten si sich der ding also kurz nit versechen, und haben auch sich nit vollkommenlichen mogen underreden und were wol ir begird in ansechen alter und nuwer früntschaft und lieb, si darin umbekümbert und unersücht zu lassen, als si sich des ganz zu inen wellen versechen. Solt aber das ie nit verwachen, megen si einen andern tag verumen, so wellen si sich zu dem nach irm vermogen schicken und den suchen. Wo dann das also beschächen wurd, meinen min hern, das darunder botschaft von ort zu ort mit erzöugen des punds zu vertigen und si irs anligens und was si der slossen halb gelitten haben, zu erkennen zu geben und si uf das höchst zu bitten, si dabei zu hanthaben und beliben zu lassen, als si auch hoffen, inen das in kraft des

*) An Hern Peter von Wabern, Urban von Mulren, und Urs Werdern. Min hern wellen mit der hern von Friburg botschaft uf donnstag fru (25. Sept.) ratlich handeln, wie und mit was sügen uf dem angesechnen tag zu Willisow, die si uf Michaelis (29. Sept.) verstan sollen, zu handeln si. Und demselben zu güt gebieten si in allen und iellichen uf mitwuchen nachts hie und morndes bi den sachen zu sind, und das umb kein sach vallen zu lassen, das si not und güt, damit alldann ratlichen werd gehandelt. Stats-Mt. 42,4 vom 22. Septbr. 1483.

punds, darin si fölich erobert land iſs teils gebracht haben, schuldig zu ſind, und si ſich des luter und wol gegen inen vertröſten. Muſt aber der tag ietz fürgan, ſo bedenk min hern, das die hern von Friburg in ir antwirt ſich gründen uſ den ersten punkten des gemachten punds, der luter wiſt, das ieklicher teil den andern bi ien landen, lüten und den ſinen föll hanthaben und ſchirmen in ganzen truwen. Nu haben ſi fölich land in ir pund gebracht. Darnach ſo ſi ein punct, der wiß, ob in künftigem už erobert wurd, das fölichs ge- handelt und geteilt werd; das ſi ein zeichen, was vor ſi erobert, das fölichs darin nit mag verwasset und ſi deshalb zu recht erwordert werden. Zudem, ſo gebe der pund dar, ob künftenlichen ſtöſſen erwüchſen, wie die berechtiget föllen werden, des ſi nit vor ſien. Die ſien aber vor entstanden und vinden ſi nit deshalb rechtver- tigung nach ſag der pünd zu ſiden. Und zuleft, ſo ſi in dem pund am end inen vorbehalten ir recht, gericht, friheiten und alt harkommen. Nu ſien ſi mit der Lantschaft har und in die pund, als vorstat, komen und haben recht darzü erwolgt und erobert, da ſi getruwen bi zu belibben und nit pflichtig zu ſin deshalb einicher manung oder vertigung zu gewarten, — alles mit andern wor- ten darzü notdurftig, die ſich nach gestalt der klegden werden begeben.“*) Also:

In erſter Hinsicht wünschte man eine Verschiebung des Tages, und die dadurch gewonnene Zeit wollte man benutzen, um durch Botschaften auf die Eidgenoſſen einzuwirken. Sollte aber der Tag doch stattfinden, ſo sollte man gegen die Zumutungen der Eidgenoſſen geltend machen: 1) daß sowohl Artikel 1 des Frei-

*) Rats-M. 42, 10.

burgerbundes, wie des Stanserverkommnisses die Eidgenossen verpflichte, einander bei Land und Leuten zu schirmen; 2) daß die Freiburger die angesprochenen Gebiete vor Abschluß jener Verträge besessen haben; 3) daß durch die Bestimmung des Stanserverkommnisses, „künftige“ Eroberungen sollen gleich geteilt werden, die „früher“ demnach ausdrücklich ausgenommen seien; 4) daß, da die Ursachen der gegenwärtigen Streitigkeiten vor dem 22. Dezember 1481, dem Tag der Aufnahme Freiburgs in den Bund, liegen, das in der Aufnahmserkunde stipulierte Rechtsverfahren, das von „künftigen“ Stößen spreche, nicht in Anwendung gebracht werden dürfe; und 5) daß Freiburg sich in der Bundesurkunde die Rechte, Gerichte, Freiheiten und altes Herkommen vorbehalten habe, mithin auch die in den Burgunderkriegen eroberten Lände.

Der Tag war wirklich verschoben worden.

Unterdessen mußte man recht unliebsame Dinge über die Stimmung der Eidgenossen gegen Bern vernehmen. Sie kamen am 9. und 10. Oktober im großen Rate zur Sprache:

„Der techan zu Uzistorf hat gemeldet die wort, so sich zu Zürich begeben haben, doselbs angezogen ist abgang der wisen, die teilung der landen, so si grob angezogen haben mit vil worten. Desgliche dannethin zu Einsiedeln, das vast durch etlich zu verachtung der Berner-Linen dienet*), und das doch der wirt zum wissen wind**), das beglimpft und allerlei güter worten dartet, do aber

*) Verächtlicher Ausdruck. Vgl. Anhalm II, 193.

**) Das Wirtshaus zum weißen Wind in Einsiedeln wird hier zum ersten Male genannt. Vgl. O. Ringholz, Wallfahrtsgeschichte II. L. Fr. von Einsiedeln, S. 288.

sin sun auch nit glicher meinung was, und ward auch geredt, wie dann die von Soloturn vast getrengt wurden, die aber trülich zu inen sachten und sich in disen dingen vast wol mit inen übten, mit vil andern worten. Glicher wiß hat auch der knecht geredt, was früntlicher erbietung durch die botten sinem hern beschechen und besunders si nit zu lassen und das si keck weren, si wöltten inen hilf mit hand und stecken bieten. Es ist auch geredt worden, etlicher sie hier frisch, aber ee er 8 tag im Ergow vogte oder sin hute, so werd er ein anderes raten."

„Man sol ingedenk sin der worten, so der dechan von Uzistorf gehört und geredt hat, leider wenig gunsts oder willens, so sich allenthalb erzögzt und besunders, als des schultheissen von Soloturn knecht geredt hat. Desgleich als der ammann von Rorbach gesagt hat, wie dann er etlich zu Willisow hort, die da redten: „was machen wir? worumb gan wir mit das unsre nemen und lügen, wer uns das weren welle?“*)

Die Freiburgerboten sprachen am 19. Oktober vor dem Rate in Bern vor und ritten darauf mit Jakob vom Stein und Thüring Fricker nach Willisau.**) Die Verhandlungen vom 21. Oktober zeitigten hier kein Resultat, da der Abschied vom 9. Juli „nicht beiderseits gleich verstanden wurde“. Somit wurde ein neuer Tag nach Münster angesezt. Immerhin mußten die Dinge in Willisau eine für Bern sehr unangenehme Wendung genommen haben. Die auswärtigen Räte, vor allem der abwesende Schultheiß, wurden bei Eiden nach Bern berufen, „sich fürderlichst das iemer sin mag,

*) Rats-M. 42, 22 f.

**) Rats-M. 42, 17, 24, 26, 33, 36, 37.

angends und an allen verzug heim zu führen", man beriet, ob man die Schlosser im Argau „versechen“, ob man um „kunsthaft Lösen oder Lügen wolle“.*) Das waren offenbar die Wochen, in welchen nach Schillings Angabe überlaut gesprochen wurde, die Eidgenossen seien uneins und wollten einander selber bekriegen. Da beschlossen die Berner, am 29/30. Oktober, gemeinsam mit Freiburg eine Deputation zu allen eidgenössischen Orten, mit Ausnahme von Glarus zu senden und dort im Sinne der beiden Orte zu „reden und zu bitten, es si mit früntlicher bit, oder mit rechtlichem erbieten“. Bern bezeichnete als Gesandte nach Solothurn, Zürich und Zug den Schultheiß Erlach, Spillmann, Zerkinden, nach Luzern und Schwyz Wabern, Kettler, Ribo, nach Unterwalden und Uri Bubenberg, Fricker und Achshalm, d. h. je 2 Mitglieder des kleinen und ein Mitglied des großen Rates.**) Ueber den Erfolg dieser gemeinsamen Mission wissen wir nichts. Fricker hat nur aufgezeichnet, daß er 11 Tage für seinen Ritt nach Uri und Unterwalden brauchte.***)

Unterdessen war die Aussicht auf eine Vermittlung eröffnet worden. Der Bischof von Basel, Gaspar ze Min, hatte sich als Vermittler anerboten, worauf die Berner am 22. Oktober ihm dankend antworteten:

„Min hern haben sin schriben verstanden und güt gevallen an sinem danknämen günstigen willen, wo si das können verdienen, wellen si geslassen sin. Und als er dann berür die händel Gransen ic., si war, das iez darumb vertigung geüpt werd und wöltet wol

*) Rats-M. vom 26/7. Oktober. 42, 47, 48.

**) Ebd. S. 53, 54.

***) Stadtschreiberrolle II, 265.

des vertragen sin, und als geneigt, im in allen sachen
zü willgen, wellen si irst teils fölichs fruntlichen tags
gern vervolgen und sich durch ir botschaft geburlich er-
zöugen. Und des usschiebens halb des angesažten tags
lassen min hern beschechen und wie gemein Eidgnosſen,
denen er auch schribt, tag darumb verumen, wellen si
getruwlich leisten und sich fölicher maſen erzöugen, das
si hoffen, sin gnad werd des gevallen haben".*) In
Münster, wohin Thüring Fricker am 16. November sich
begab,**) wendete der Bischof vergeblich großen Fleiß und
Arbeit auf, um zwischen den Zugesezten von Freiburg
und den Eidgenosſen eine Verständigung zu erzielen.
Das einzige Resultat war die Ansetzung eines neuen
Tages auf den 13. Januar 1484, wo dann, falls ein
gütliches Auskommen in der Zwischenzeit nicht zu er-
zielen sei, der Bischof und die Zugesezten in der Sache
rechtlich handeln sollten.***)

Auf den neuen Tag bereiteten Bern und Freiburg
sich wieder gut vor. Dies belegen folgende Rats-Ma-
nual-Einträge.

2. Januar: An die von Friburg. Nach dem der
Tag zu Münster iez nache, bedunk min hern güt, sich
ſamentlich der ding zu underreden und demſelben zu
fürdrung, so wellen min hern ir botschaft hinüber
ſchicken oder des von inen gewarten, das si auch ganz
zü ihm gevallen ſezen. Und geviel inen auch, durch
ir botschaft uf dem iez komenden tag zu Luzern umb
uſſlag dettelben tags zu Münster zu arbeiten".

*) Rats-M. 42, 41.

**) Stadtschreiberrodel II, 265. Rats-M. 42, 67.

***) Abſch. III. 167, vom 23. November.

7. Januar: „Morn sol man dapselichen anbringen den handel der komenden tagleistung zu Münster, wie und woruf die si zu gründen“.

8. Januar: „Was des tagleistens halb zu Münster. Und ward daruf beslossen mit einhellem mund, von früntlichen mitteln unverbunden hören zu reden und dagegen antwurt und lütrung zu geben und doch das alles wider an min hern zu bringen. Es ward auch gehört die usgezeichnet urteil und geviel allen minen hern. Des obman halb ward auch red gebrucht: nach dem die Eidgnosser minen hern begegnen, welken si hinwider auch tun. Und zu botten geordnet min her der schulthes (Diesbach) und ich (Fricker).“.*)

Aber auch jetzt konnte keine Verständigung gefunden werden, man lehnte ein Vermittlungsanerbieten der Stadt Basel ab und schob den Entscheid von neuem heraus.**)

Die Vermittlungsvorschläge des Bischofs und der Bugesekten der Eidgenossen sind erhalten geblieben; sie befinden sich im Solothurner Abschiedeband dem Tage vom 12. Juli 1476 beigebunden. Der Herausgeber der Abschiede bemerkte richtig, daß sie am falschen Orte untergebracht waren, begieng aber seinerseits das Versehen, sie der Luzerner Tagsatzung vom 23. September 1476 zuzuweisen.***) Jene Vorschläge wurden entweder auf der Novembertagsatzung von 1483, oder im Januar 1484 vorgebracht, wo der Baslerbischof ebenfalls als „Untertädinger“ amtet und sie lauten folgendermaßen:

*) Rats-M. 45, 6, 11, 12.

**) Absch. III, 173, 174.

***) Absch. II, 620.

- Entweder sollen Bern und Freiburg jene Herrschaften mit ihren Vögten, aber im Namen gemeiner Eidgenossen verwalten und den Ertrag unter die Orte verteilen; jene Herrschaften sollen den Eidgenossen huldigen und ihnen mit einer bestimmten Zahl von Leuten zuziehen;
- oder Bern und Freiburg sollen die Herrschaften im Namen der Eidgenossen verwalten, aber den Ertrag unter die Orte teilen;
- oder die Herrschaften sollen den Eidgenossen zugesprochen werden, hingegen soll man sie den beiden Städten verkaufen;
- oder Bern und Freiburg sollen die Herrschaften mit allen Nutzungen noch 5 oder 6 Jahre behalten, dann sollen nachher Bern 2 Jahre, Freiburg 2 Jahre, gemeine Eidgenossen 2 Jahre die Herrschaft verwalten und benützen;
- oder der gleiche Vorschlag, nur daß Murten und Erlach den Bernern und Freiburgern gelassen würden;
- oder die Reihenfolge in der Verwaltung soll so angeordnet werden: Bern, Zürich, Freiburg, Luzern, Bern, Uri, Freiburg, Schwyz u. s. w., mit gleicher Verteilung der Nutzungen;
- oder Bern und Freiburg sollen Murten und Erlach, oder Murten allein erhalten, die übrigen Herrschaften aber, wie z. B. Baden, der Verwaltung und Nutzung aller Eidgenossen unterstehen;
- oder Bern und Freiburg sollen die Herrschaften noch fünf oder sechs Jahre verwalten und nutzen, nachher soll die Verwaltung so geordnet werden, wie in Baden.

Da keiner von diesen Vorschlägen genehm war, gieng die langatmige Sache wieder von vorne an. Während die Eidgenossen am 2. Februar beschlossen*), die Schiedsrichter sollten von Ort zu Ort reisen, sogar nach St. Gallen und Appenzell, um die Meinung einzuholen über das Urteil und die Wahl des Obmanns, beriet man in Bern über den letzten Abschied und verhandelte von neuem mit Freiburg über die zu ergreifenden Maßnahmen. Bern schrieb am 15. März dem Letztern: „Nach dem der tag zu Münster in nachher Leistung stand, irn räten, so dahin ververtiget werden, bevelh zu geben, mit minen hern darus notdurftige red zu haben und die so zitlich absänden, damit sölchs statlichen beschech. Das wellen min hern verdienen zu dem, das es nit unnotdurftig si. — Es ward auch beslossen, von fruntlichen mitteln red zu haben und zu geben nach aller notdurft und das so angezöngt wirt, wider heim zu bringen. Auch der urteil und obmans halb, ob es darzu müs komen füglichen zu handeln, wie vormals auch darus geredt ist.“

Am 19. März wurde die Freiburgerbotschaft im Rate von Bern angehört, unmittelbar vor ihrer Abreise nach Münster.**) Da am Letzgenannten Orte wiederum keine Verständigung erreicht wurde, so wählte man in der Person Heinrich Göldlins von Zürich den Obmann,*** und that sämtliche Schritte, um das Rechtsverfahren gegen Freiburg in Willisau einzuleiten. Während die Berner und Freiburger von neuem zusammenkamen „zu ge-

*) Absch. III, 175.

**) Rats-M. 45, 41; 43, 14.

***) Absch. III, 177.

denken, daß güt der sach fürdern mog",*) beschlossen die Boten der andern, daß der Obmann angehalten werden soll, dem Urteil der Zugesezten zu folgen und nach dem Rechte zu entscheiden. Würde der Obmann aber einen Vergleich vorschlagen, so soll man nur dann auf denselben eingehen, wenn auch Bern mitinbegriffen würde.*^{**})

Bei der einmütigen und entschlossenen Haltung der acht Orte war an einen Sieg der beiden Weststädte nicht mehr zu denken: sie giengen auf dem Münster-Tage von Ende Mai auf das Vermittlungsanerbieten des Obmanns ein und so fand denn die langjährige Streitigkeit am 29. Mai 1484 in Minne die Erledigung.*^{**}) In der Urkunde werden in aussführlicher Darlegung die Gründe und Gegengründe der beiden Parteien auseinandergehalten und dann folgt der Entscheid: daß sämtliche angesprochenen Herrschaften den Bernern und Freiburgern gehören sollten gegen eine Summe von 20,000 Gulden, die jährlich mit 1000 Gulden zu verzinsen sind.

Am 3. Juni referierten die Gesandten vor dem bernischen Rete über den Abschied von Münster, eine bernische Abordnung — unter ihr Thüring Fricker — begab sich nach Freiburg, um dort vor dem großen Rete zu sprechen und „irn gütten, brüderlichen, truwen usrechten willen“ zu bezeugen.†)

*) Brief an Freiburg vom 10. Mai. Rats-M. 43, 85.

**) Absch. III, 178, vom 12. Mai.

***) Ebd. S. 179. Der Spruch ebd. S. 706 und in Schilings Berner-Chronik II, Kap. 421.

†) Rats.-M. 43, 119 f. Stadtschreiberrodel II, 275.

Wir hören noch, daß in der Folge eidgenössische Boten nach Bern gekommen sind; die Berner ließen den Freiburgern dies am 23. Juni wissen, und baten sie zugleich um ihre Meinungsäußerung „umb die erſakung ir arbeit“, d. h. um die Entschädigung Berns für die entstandenen Kosten. Damit hören die Nachrichten über diesen Haustreit auf.

Den Schluß aller Verhandlungen bildet das friedliche Abkommen zwischen Bern und Freiburg über ihre Herrschaften und die Regelung ihrer Geldschuld. Da die Freiburger ohne weiters auf Aigle, Ormond, Ollon, Bex und Erlach zu Gunsten Berns Verzicht leisteten, überließen die Berner den Freiburgern als Gegengeschenk die Festung Illingen durch Urkunde vom 13. Juni 1484.*) Die bernische Botschaft, die die Nachricht von diesem Ratsbeschuß überbrachte, wurde in Freiburg ehrenvoll empfangen, es wurde ihr der herzlichste Dank ausgesprochen und man beschloß, die großmütige Handlung Berns, um sie dem Andenken der Nachwelt zu erhalten, in die Stadtchronik eintragen zu lassen.**) .

Zuletzt folgte die Abrechnung mit den Eidgenossen. So lange die Ablösungssumme nicht bezahlt war, mußte sie mit 5 % verzinst werden. Der Gedanke, den Eidgenossen Zins bezahlen zu müssen, war namentlich in Bern recht unleidlich, und so entschloß man sich zur Erhebung einer außerordentlichen Steuer, um die Schuld so bald als möglich zu tilgen. Mit je 2500 Gulden bezahlte man am 6., 22. und 27. Februar 1485 die Orte Unterwalden, Schwyz und Uri, am 4. März

*) Absch. III, 180.

**) Schilling II, Kap. 423.

Luzern, am 21. und 27. April Zürich und Zug, und zuletzt, am 16. Mai, Solothurn, über dessen Haltung man in Bern am meisten verstimmt war.* „Mich rühet anders nit, denn das gelt, das denen von Solothurn worden, umb dieselben es nie verdienet ist“, sagt Schilling, der einzige Bürger jener Stadt.

*) Ebd. Kap. 422.

